

Unhaltbare Zustände in Zentren

# Asylsuchende flüchten aus Rückkehrzentrum in die Reitschule

124 abgewiesene Asylsuchende wenden sich in einem Brief an den Kanton. Ein Leben in Würde und Respekt sei in den neuen Rückkehrzentren nicht möglich, sagen sie.



Quentin Schlapbach  
Aktualisiert 7.7.2020



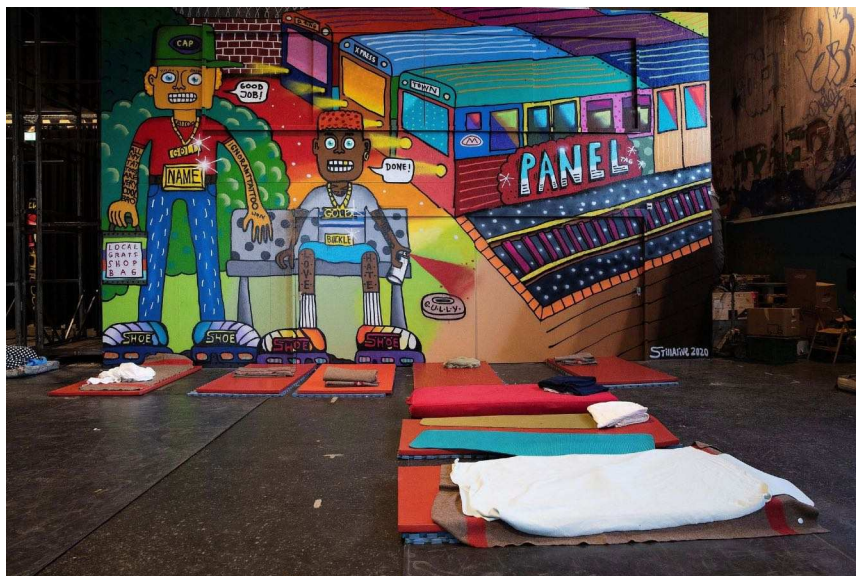
Asylsuchende demonstrieren in der Reithalle gegen ihre Unterbringung in Rückkehrzentren. Kinder etwa dürfen neuerdings nicht mehr in die normale Schule gehen.

Fotos: Christian Pfander

In der Grossen Halle der Reitschule liegen am Dienstagmorgen ein paar Dutzend Schaumstoffmatratzen am Boden. In der vergangenen Nacht übernachteten hier rund 60 Asylsuchende. Eigentlich sollten sie um diese Tageszeit in einem der vier neuen Berner Rückkehrzentren sein und ihre Unterschrift unter ein Blatt setzen. Nur wenn sie morgens zwischen 8.30 und 10.30 Uhr ihre Anwesenheit bestätigen, bekommen sie neuerdings die acht Franken Nothilfe pro Tag ausgehändigt.

Striktes Arbeitsverbot, keinerlei Beschäftigungsangebote, tägliche Anwesenheitspflicht – als «offene Gefängnisse am Rande der Gesellschaft» bezeichnet das Berner Flüchtlingsnetzwerk «Migrant Solidarity Network» die vier neuen Berner Rückkehrzentren in Aarwangen, Biel, Gampelen und Konolfingen. Weil die Bedingungen dort so zermürbend und hoffnungslos sind, suchten nun einige der Flüchtlinge temporär Zuflucht in der Grossen Halle der Reitschule.

Die Unterbringung in den Rückkehrzentren ist die Folge der Neustrukturierung des Berner Asylwesens. In diesen Tagen trat das neue Regime in Kraft – die Asylsuchenden sind also erst seit kurzer Zeit dort einquartiert. Es sind Menschen, die teils schon seit fünf oder mehr Jahren im Kanton Bern leben, deren Asylgesuch aber abgelehnt wurde. Mit einem Leben in der gesellschaftlichen Isolation sollen sie zur Rückkehr bewegt werden – so der Plan der Berner Behörden. Weil den Asylsuchenden in ihren Herkunftsländern aber teils ein noch übleres Schicksal droht oder weil sie schlicht über keine Identitätspapiere mehr verfügen, gibt es für einige von ihnen gar kein Zurück.



124 Asylsuchende wenden sich deshalb nun mit einem Schreiben an den Migrationsdienst des Kantons Bern. Darin verlangen sie ein Leben in Würde und Respekt, das in den neuen Rückkehrzentren nicht möglich sei. Beispielsweise haben sie zurzeit keinen freien Zugang zum

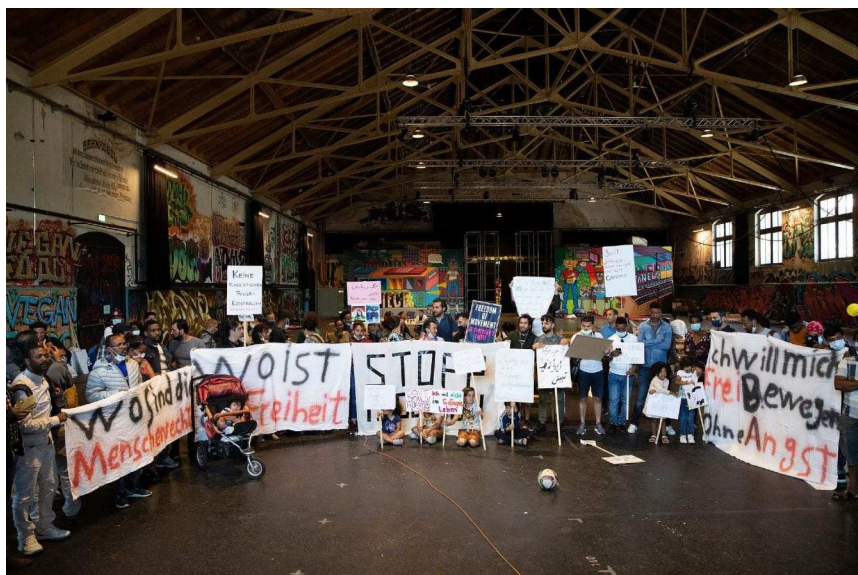


**BZ**

Gesundheitssystem mehr. Ob sie in eine ärztliche Behandlung dürften, entscheide das Personal der Unterkunft, berichten die Asylsuchenden. Menschen, die dringend eine Behandlung nötig hätten, würden nun teilweise mit Schmerzmittel oder Antidepressiva abgespeist.

Auch werde ihre Arbeitskraft ausgenutzt. In den normalen Asylunterkünften erhielten sie für Putz- oder Handwerksarbeiten noch eine kleine Entschädigung von zwei Franken pro Stunde. In den Rückkehrzentren werde aber erwartet, dass sie diese Arbeit gratis erledigen – obwohl sie mit den acht Franken pro Tag kaum über die Runden kommen.

Die Asylsuchenden prangern ausserdem die sanitären Bedingungen in den Unterkünften an. Nicht nur sind WCs und Duschen teils stark verschmutzt oder defekt. Auch müssen in einigen Zentren zehn Frauen eine einzige Toilette teilen. Für Familien kommt erschwerend dazu, dass die Kinder nicht mehr in die normale Schule dürfen. Sie werden im Zentrum selbst unterrichtet.



## Kein selbstbestimmtes Leben möglich

Die Stimmung in der Grossen Halle ist an diesem Morgen entsprechend desperat. Einige der Menschen, die sich während der Kundgebung zu Wort melden, sind den Tränen nahe. «Niemand interessiert sich für uns», sagt ein 19-jähriger Mann, der im Alter von 12 Jahren in die Schweiz kam. «Aber auch wir sind Menschen.» Während sein Asylgesuch geprüft wurde, habe er die Sprache gelernt und sogar eine Lehrstelle gefunden. Weil sein Gesuch aber abgelehnt wurde, durfte er sie gar nicht erst antreten.

Die abgewiesenen Asylsuchenden fordern deshalb, dass der Kanton Bern ein Härtefallgesuch bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz ernsthaft prüfe. Heute hätten sie kaum eine Chance auf eine legale Aufenthaltsbewilligung und damit auf ein selbstbestimmtes Leben abseits der Nothilfe.

Nach dem Mittag zogen die Asylsuchenden zum Staatssekretariat für Migration nach Wabern weiter, um dort ihre Anliegen persönlich zu deponieren.



Publiziert heute um 17:28 Uhr